

Fragestellung	Reformen
Erreichbarkeit des Jugendamts	Zentrale, immer besetzte Telefonnummer des Kinder- und Jugendschutztelefons (6 99 11 33). Bisher sind insgesamt 1604 Anrufe eingegangen, davon im Nacht- und Wochenenddienst 652.
Einsatzbereitschaft nachts und am Wochenenden	<p>Nacht- und Wochenenddienst durch Fachkräfte des Jugendamtes. Einsätze gegebenenfalls zusammen mit der Polizei.</p> <p>75 Kinder wurden in letzten halben Jahr im Rahmen der nächtlichen Einsätze in Obhut genommen</p>
Personalsituation in der Jugendhilfe hohe Fallbelastung	Vakante Stellen wurden besetzt. Der Sozialdienst junge Menschen wurde seit Anfang 2007 um über ein Drittel zusätzliche Stellen verstärkt. Dennoch ist die Fallbelastung aufgrund der stark gestiegenen Verdachts-Meldungen hoch geblieben.
Ausstattung Amtvormundschaften	Personelle Aufstockung: von 2,75 Vollzeitstellen (640 Fälle pro Mitarbeiter/in) auf derzeit 6,5 Stellen (jetzt ca. 100 Fälle pro Mitarbeiter/in - noch in der Einführung)
Erziehungsberatung	Stabilisierung der Ausstattung mit 12 Stellen in vier Standorten
Qualität in der Sozialarbeit	<p>Die Qualität in der Sozialarbeit wurde kontinuierlich verbessert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbindliche Teilnahmen zur Nachschulung bei der Aktenführung • Entwicklung und Umsetzung des Bremer Kinderschutz- Qualifizierungsprogramms 2007-2009 für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes und freier Träger

<p>Qualität in der Sozialarbeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung gemeinsamer Qualitätskriterien mit den freien Trägern für die soziale Arbeit (Entwurf liegt vor), • Kontinuierliche Supervisionsangebote für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter • Kinderschutzkonferenzen und Koordinierungsgespräche mit Akteuren aus anderen Bereichen (etwa Polizei, Medizinern, Justiz, Schule) mehrmals im Jahr stadtweit, regelmäßig auf Stadtteilebene • Verpflichtende Teilnahme an Schulungen für die Einführung der sog. elektronischen Fallakte. Diese ist seit Frühsommer 2007 in der konkreten Aufbau- und Erprobungsphase und kann schrittweise voraussichtlich bis Mitte 2009 abgeschlossen werden. Die Akten für den Bereich „Kindeswohl“ von über 3300 Familien sind bereits elektronisch aufgenommen. • Wochenkonferenz nicht mehr zentral, sondern auf Stadtteilebene: dadurch Effizienzsteigerung, denn weniger Fälle können präziser besprochen werden. • 4-Augen-Prinzip in Kriseneinsätzen ist sichergestellt. „Tandembildung“ in der Fallbearbeitung (z.B. im SZ Gröpelingen) • Bei Problem-/Krisenmeldungen wird noch am gleichen Tag ein (unangemeldeter) Hausbesuch vorgenommen.
<p>Qualität in der Leitungs- und Führungskompetenz</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zehn Grundsätze zu einer neuen Führungskultur wurden vereinbart • Schriftliche Verabredungen zur Wahrnehmung der Führungsaufgaben und über Zielsetzungen der fachlichen Arbeit

<p>fachliches Controlling</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Personelle Verstärkung (6 Stellen) der Stadtteileitungen und Entlastung durch Einsatz von Sozialraumkoordinatoren (110 Mitarbeiter; 13,5 Stellen in der Stadtteileitung) • Jeder Einzelfall wird im Rahmen der Wochenkonferenz und der kollegiale Beratung fachlich kontrollt.
<p>Begleitung substituierter Eltern</p>	<p>Engmaschige Kontrollen durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtende Schweigepflichtentbindungen der Ärzte durch die Eltern • verpflichtende Begleitung durch Familienhebamme • Weiterentwicklung der „Gemeinsamen Empfehlungen zur Substitutionsbehandlung in Bremen“ von Ärztekammer Bremen, Drogenberatungsstellen und Krankenkassen, begleitet vom Sozialressort • Darin geregelt: Sofortige Meldung an Jugendamt, wenn Arzt Beigebruch feststellt (= akute Kindeswohlgefährdung)
<p>Prävention</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines Meldesystems bei der Früherkennungsuntersuchung • TippTapp – Gesund ins Leben: Beratungs- und Besuchsangebot für alle Eltern mit Neugeborenen in sozial schwachen Stadtteilen. Es handelt sich um ein freiwilliges Angebot, das von rund zwei Drittel der Familien in Anspruch genommen wird. • Ausbau des Familienhebammenprogramms und Beteiligung am Bundesmodellprojekt Pro Kind: Begleitung von gefährdeten Kindern durch ein Hausbesuchsprogramm bis zum 2. Lebensjahr